

Anlage 8

Elektronische Belege



Bozen, März 2020

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Elektronische Fakturierung	3
2.1.	Rechtsnormen	3
3.	Elektronische Mitteilung der Tageseinnahmen	4
3.1.	Legislativdekret 127 vom 5. August 2015.....	4
3.1.1.	Beschreibung	4
3.1.2.	Art. 2 – Telematische Übermittlung der Daten der Tageseinnahmen	4
3.2.	Gesetzesdekret 119 vom 23. Oktober 2018	4
3.2.1.	Beschreibung	4
3.2.2.	Art. 17 – Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen (Abänderung des Art. 2 des Legislativdekrets 127/15)	4
3.3.	Ministerialdekret vom 10.05.19.....	4
3.3.1.	Beschreibung	4
3.3.2.	Art. 1 – Von der Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen ausgenommene Vorgänge	5
3.3.3.	Art. 3 – Ausweitung der Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen	5

1. Einleitung

Die folgende Kurzbeschreibung der Bestimmungen zur elektronischen Fakturierung und Mitteilung der Tageseinnahmen soll die diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen im Sinne einer Vereinfachung zusammenfassen. Dieses Dokument erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der öffentliche Personennahverkehr ist im Moment von den Bestimmungen zur telematischen Mitteilung der Tageseinnahmen ausgenommen. Es ist diesbezüglich allerdings ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass Steuerbestimmungen auch sehr kurzfristig abgeändert und solche Ausnahmeregelungen jederzeit widerrufen werden können. An dieser Stelle ist beispielsweise an die Zeitspanne zur Abänderung des Mehrwertsteuersatzes von 20% auf 21% in 2011 zu erinnern.

2. Elektronische Fakturierung

Seit dem 01.01.2019 ist in Italien die elektronische Fakturierung nicht nur für Rechnungen an die öffentliche Verwaltung, sondern auch für den b2b Bereich verpflichtend. Es handelt sich dabei um ein digitales Dokument, das alle steuerlich relevanten Pflichtangaben, wie vom DPR 633 des 26. Oktober 1972 vorgeesehen, enthalten muss.

Das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen hat die technischen Betriebsspezifikationen für das Rechnungsformat der elektronischen Rechnung festgelegt (DM 55/2013). Es handelt sich dabei um ein XML File, das über das nationale Datenaustauschsystem dem Empfänger zugeordnet und mitgeteilt wird. Die Zuordnung kann über die Steuernummer bzw. MwSt. Nummer oder eine Erkennungsnummer erfolgen. Die Erkennungsnummer wird im b2b Bereich eindeutiger Empfängercode und für die öffentliche Verwaltung eindeutiger Office Code genannt. Der eindeutige Office Code ist für Rechnungen an die öffentliche Verwaltung dringend notwendig, hier kann die Zuordnung nicht anhand von anderen Erkennungsnummern erfolgen.

Auch Rechnungen im b2c Bereich werden elektronisch ausgestellt. In diesem Fall wird für den Kunden aber noch zusätzlich eine Kopie in PDF oder Druckform aus- und zugestellt.

2.1. Rechtsnormen

Die elektronische Fakturierung für Rechnungen an die öffentliche Verwaltung ist vom Gesetz 244 vom 24. Dezember 2007 vorgesehen (Art. 1, Abs. 213, Buchstabe B) und wurde in mehreren weiteren Durchführungsdekreten (Legislativdekret Nr. 50 vom 7. März 2008, Dekret Nr. 55 vom 3. April 2013, Legislativdekret Nr. 66 vom 24. April 2014 u.ä.) genauer definiert bzw. auf den b2b Bereich ausgeweitet. Nähere Informationen zu den Rechtsnormen sind auf der Website der Agentur der Einnahmen zu finden.

3. Elektronische Mitteilung der Tageseinnahmen

3.1. Legislativdekret 127 vom 5. August 2015

3.1.1. Beschreibung

Dieses Dekret regelt die telematische Übertragung von mehrwertsteuerpflichtigen Vorgängen sowie die Kontrolle der von Automaten verkauften Güter, wie vom Gesetz Nr. 23 vom 11. März 2014, Art. 9, Absatz 1, Buchstabe D und G vorgesehen.

3.1.2. Art. 2 – Telematische Übermittlung der Daten der Tageseinnahmen

- Art. 2 des Dekretes sieht vor, dass ab dem 01.01.20 alle vom Art. 22 des DPR 633/72 (Einzelhandel und dem gleichgestellte Aktivitäten) geregelten Vorgänge elektronisch gespeichert und die entsprechenden Tageseinnahmen an die Agentur der Einnahmen übermittelt werden müssen. Durch die elektronische Speicherung und Übermittlung entfallen die bis dahin geltenden Pflichten zur Registrierung solcher Daten.
Für Unternehmen mit einem Umsatz von über 400.000€ gilt die obgenannte Pflicht bereits ab dem 01.07.19. Das Dekret sieht außerdem vor, dass das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen durch Ausnahmeregelungen die gesetzte Frist verschieben kann.
- Der Absatz 2 sieht für Dienstleistungen und Warenverkäufe aus Automaten ab dem 01.04.17 die Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übertragung der Tageseinnahmen vor. Der Direktor der Agentur der Einnahmen hat hierfür einige Regeln erlassen, um die aktuelle Funktionsweise von Automaten durch diese Pflicht nicht zu beeinträchtigen. Außerdem ist der Direktor der Agentur der Einnahmen Befugt, die vorgesehene Frist in bestimmten Fällen aufzuschieben.
- Der Absatz 3 sieht vor, dass die in Absatz 1 genannte elektronische Speicherung und Übermittlung mit Hilfe technologischer Hilfsmittel erfolgt, die die Unveränderbarkeit und Sicherheit der Daten gewährleisten, einschließlich solcher, die bei Zahlungen per Debit- und Kreditkarte zum Einsatz kommen.
- Der Absatz 4 sieht vor, dass der Direktor der Agentur der Einnahmen die zu übermittelnden Informationen, die technischen Vorgaben, die Fristen für die Übermittlung auf elektronischem Wege und die technischen Merkmale der in Absatz 3 genannten Instrumente festlegen wird. (Dokument wird beigelegt, nur in Italienisch Verfügbar)

3.2. Gesetzesdekret 119 vom 23. Oktober 2018

3.2.1. Beschreibung

Dieses Dekret sieht dringende steuerliche und finanzielle Bestimmungen vor, die Änderungen am Legislativdekret 127/15, die in der obigen Kurzfassung bereits Berücksichtigt wurden, zur Folge haben.

3.2.2. Art. 17 – Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen (Abänderung des Art. 2 des Legislativdekrets 127/15)

3.3. Ministerialdekret vom 10.05.19

3.3.1. Beschreibung

Dieses Dekret regelt die Vorgänge, die von der Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen (temporär) befreit sind.

3.3.2. Art. 1 – Von der Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen ausgenommene Vorgänge

- b) Die Pflicht gilt nicht für kollektive öffentliche Verkehrsdienste für Personen und Fahrzeuge sowie deren Begleitgepäck, für die die Fahrkarten, auch solche die von Fahrkartenautomaten ausgestellt werden, die Funktion der Steuerbescheinigung erfüllen (Wie bereits vom Gesetz 413/91 und des DPR NR. 696/96 vorgesehen).

3.3.3. Art. 3 – Ausweitung der Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen

Künftige Dekrete des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen werden das Enddatum der Befreiung zur Pflicht zur elektronischen Speicherung und Übermittlung der Tageseinnahmen nach Art. 1 bekanntgeben.